

## **Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“, Ausgabe 1/2021**

Inhaltszusammenfassungen der Beiträge

Beitrag 1

### **Die Finanzentwicklung der Rentenversicherung und ihr nahestehender Institutionen in der COVID-19-Pandemie**

von: Gundula Roßbach, Berlin

Die institutionelle Ausgestaltung der allgemeinen Rentenversicherung und ihre Einbettung in den bundesdeutschen Sozialstaat haben sich in der COVID-19-Pandemie bewährt. Die Regelungen zum Kurzarbeitergeld stabilisieren nicht nur die Beschäftigung, sondern auch das Beitragsaufkommen der allgemeinen Rentenversicherung und den Erwerb von Anwartschaften für die Alterssicherung der Menschen in Kurzarbeit. Der Rückgang bei den Beitragseinnahmen in den am stärksten betroffenen Monaten konnte abgedeckt werden, da die allgemeine Rentenversicherung Anfang 2020 über eine vergleichsweise hohe Rücklage verfügte. Hätte diese dagegen bei ihrem Minimum von 0,2 Monatsausgaben gelegen, wären besondere Liquiditätssichernde Maßnahmen unvermeidlich geworden. Ohne die hohe Rücklage hätten die Beitragsausfälle in der COVID-19-Pandemie nach den gesetzlichen Regeln bereits im Jahr 2021 zu einem starken Anstieg des Beitragssatzes geführt. In der Folge wäre der Gesamtsozialversicherungsbeitrag bereits im laufenden Jahr auf über 40 Prozent gestiegen. Die automatischen Mechanismen im System der Sozialversicherungen und insbesondere eigene Finanzreserven in der Nachhaltigkeitsrücklage haben die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Rentenversicherung in den am stärksten von den Auswirkungen der Pandemie betroffenen Monaten sichergestellt. Die Regeln, nach denen sich die Finanzlage der allgemeinen Rentenversicherung an demografische Veränderungen, Entwicklungen am Arbeitsmarkt und konjunkturelle Schwankungen anpasst, verteilen die finanziellen Be- und Entlastungen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben auf Rentner, Beitragszahler und Steuerzahler.

Beitrag 2

### **Innovative Modellvorhaben der Rentenversicherungsträger im ersten Förderaufruf des Bundesprogramms „rehapro“**

von: Prof. Dr. Christina Stecker, Berlin

Mit der Alterung der Bevölkerung nimmt die Zahl von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu. Auch um die Erwerbsfähigkeit und damit den Verbleib von Menschen mit chronischer Erkrankung und (drohender) Behinderung auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, fordert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit dem Bundesprogramm „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – rehapro“ in den Rechtskreisen der Rentenversicherung und der Jobcenter. Im Rahmen des ersten Förderaufrufs haben sich die Träger der Deutschen Rentenversicherung mit 30 Modellvorhaben beteiligt, um innovative Maßnahmen von der Prävention über die Nachsorge bis zur (Wieder-)Eingliederung zu erproben. Für den Rechtskreis der Rentenversicherung (SGB VI) steht ein Volumen von 500 Millionen Euro in bis zu drei Förderaufrufen zur Verfügung. Die begleitende Wirkungsforschung soll neben einer allgemeinen Wirkungsanalyse des Bundesprogramms insbesondere zielführende Ansätze und Herangehensweisen für die Weiterentwicklung der Rehabilitation und Teilhabe erarbeiten.

### Beitrag 3

#### **Wege psychisch beeinträchtigter Menschen in die Erwerbsminderungsrente und Rückkehrperspektiven in Arbeit**

von: Dr. Sebastian Klaus, Dr. Alexander Meschnig und Prof. i. R. Ernst von Kardorff, Berlin

Die Zunahme der Zugänge zu Erwerbsminderungsrenten (EMR) wegen einer psychischen Beeinträchtigung ist für Rentenversicherungsträger eine versorgungspolitische und fachliche Herausforderung. Bislang ist nur wenig über die biografischen Entwicklungsgeschichten bis hin zur Beantragung einer EMR wegen psychischer Beeinträchtigungen bekannt. Das gilt auch für den Einfluss des EMR-Bezugs auf die Gestaltung der neuen Lebenssituation und die Motivation zur Rückkehr auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Ergebnisse des von der Deutschen Rentenversicherung Bund von 2017 bis 2020 geförderten Forschungsprojekts „WEMRE“ weisen darauf hin, dass, trotz der Heterogenität der biografischen Entwicklungsgeschichten, drei charakteristische Verlaufsformen in die EMR wegen psychischer Beeinträchtigungen vorzufinden sind. Weiter dokumentieren die Ergebnisse verschiedene Reaktionsmuster auf den EMR-Bezug, zu denen auch eine berufliche Neuorientierung zählt, welche mit einer gezielten Unterstützung aufgegriffen und darüber die Rückkehrquote auf den allgemeinen Arbeitsmarkt positiv beeinflusst werden kann.

### Beitrag 4

#### **Wohneigentum und Altersvorsorge – Deutschland im europäischen Vergleich**

von: Prof. Dr. Martina Eckardt und Dr. Jörg J. Dötsch, Budapest

Wohneigentum spielt eine wichtige Rolle in der individuellen Altersvorsorge. Dieser Beitrag gibt anhand des „gAMUT“-Ansatzes von Koppe und Searle (2017) einen Überblick über die mit dem Erwerb von Wohneigentum verbundenen Vor- und Nachteile, die sich als vielfältige Trade-offs über den Lebenszyklus zeigen. Anhand von Daten des „Household Finance and Consumption Survey“ für 2017 wird gezeigt, wie sich dies in aggregierter Form in der Vermögensentwicklung privater Haushalte in Deutschland niederschlägt. So steigt der Anteil der Haushalte mit Wohneigentum und der Wert des Wohneigentums über den Lebenszyklus zunächst an, sinkt dann jedoch im Alter. Zugleich gibt es einen positiven Zusammenhang mit der Einkommenshöhe. Gleiches gilt für Anlagen in der privaten Altersvorsorge. Dies gibt einen Hinweis darauf, dass Wohneigentum nur für bestimmte Einkommensklassen eine wichtigere Rolle zur Ergänzung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung spielen kann. Weitere offene Forschungsfragen werden erörtert.

## Beitrag 5

### **Transnationales Altersvorsorgehandeln als eine Strategie zur Vermeidung von Altersarmut**

von: Dr. Ina Conen, Köln

Transnationale soziale Sicherung im Alter gewinnt in einer sich internationalisierenden Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Die im deutschen Sozialstaat größte Migrantenpopulation der Turkeistämmigen kann in ihrer Altersvorsorge auf den etablierten transnationalen Raum Deutschland-Türkei zurückzugreifen. Für die zukünftige Sicherung im Alter planen transnational orientierte Altersvorsorgeakteure mit grenzüberschreitenden Ressourcen, auch ohne die dauerhafte Anwesenheit an einem Ort. In der hier vorgestellten qualitativen empirischen Studie zeigt sich, dass die Entwicklung einer transnationalen Altersvorsorgestrategie von der sozialen Lage der Befragten abhängig ist. Diese nutzen wohlfahrtsstaatliche und privatwirtschaftliche Gelegenheitsstrukturen für Ressourcentransfers, um eine drohende Altersarmut in Deutschland abzuwenden. Zudem zeigt sich, dass die von den Befragten wahrgenommenen Optionen ihrer zukünftigen Sicherung im Alter maßgeblich von ihrem aktuellen Haushaltseinkommen beeinflusst sind.

## Beitrag 6

### **Betrifft Corona wirklich alle? Maßnahmen und Einstellungen in der Bevölkerung zu Beginn der COVID-19-Pandemie**

von: Elena Franko, Leipzig

Schon zu Beginn der COVID-19-Pandemie wurden viele der Maßnahmen getroffen, die auch aktuell wieder greifen. In diesem Beitrag wird anhand von Daten einer Sondererhebung des GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften das Verhalten verschiedener Personengruppen im März 2020 analysiert. Der Beitrag beschreibt den unterschiedlichen Umgang mit Maßnahmen und sensibilisiert für soziale Ungleichheiten, die daraus resultieren können. Vor allem bei dem Vergleich von Altersgruppen werden große Unterschiede deutlich. Und es ist erkennbar, dass sich Befragte mit Kindern unter 12 Jahren verstärkt eingeschränkt haben. Zudem gibt es Maßnahmen, die besonders häufig – unabhängig von persönlichen Merkmalen – eingehalten wurden. Andere wurden nur von bestimmten Gruppen vermehrt umgesetzt. Im Anschluss wird kurz das Vertrauen in die Politik und die Institutionen in Bezug auf den individuellen Umgang mit dem Coronavirus betrachtet. Es zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Vertrauen und einer höheren Bereitschaft Maßnahmen zu ergreifen beziehungsweise einzuhalten.